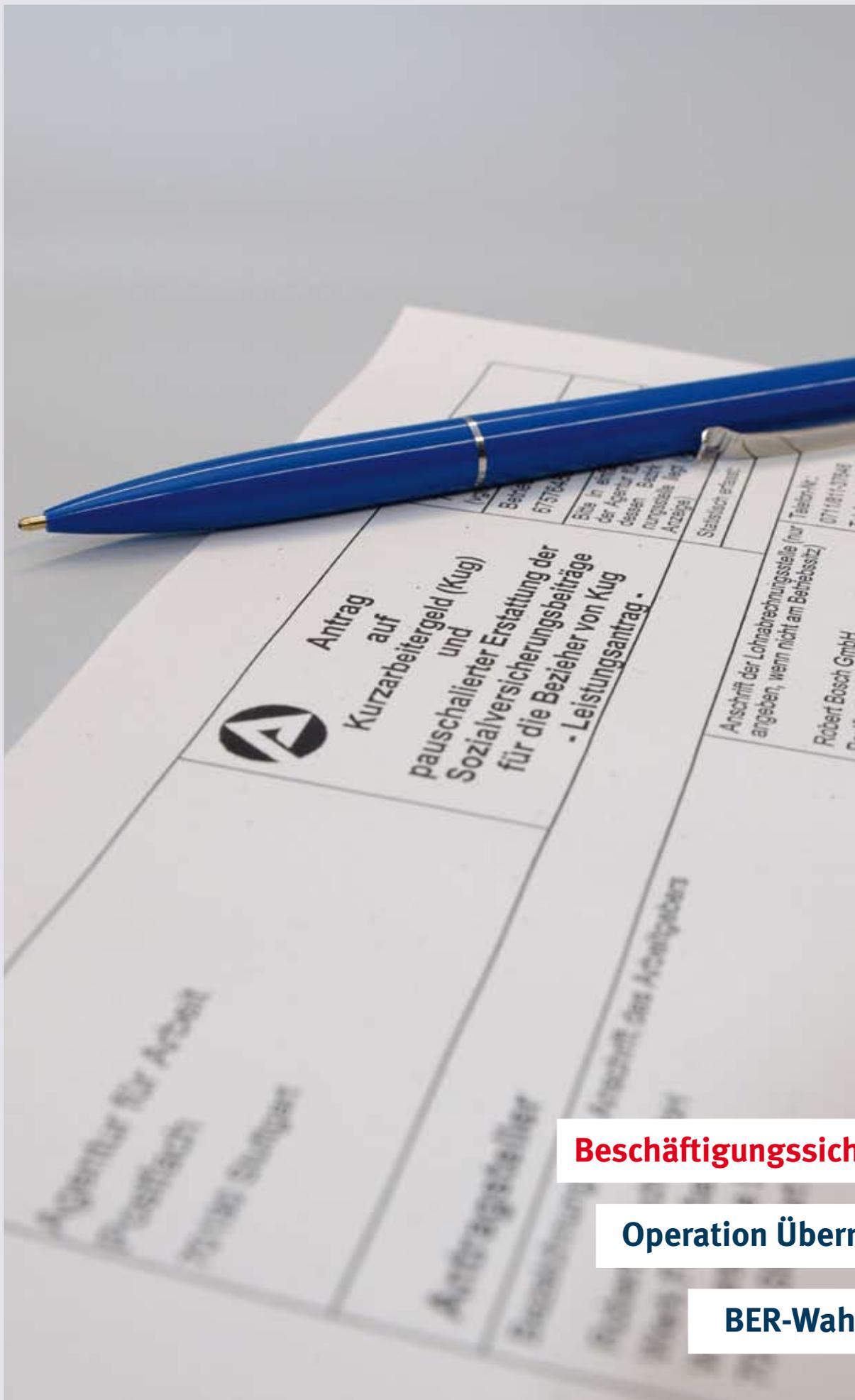




Eine Information
der IG Metall-Betriebsräte
und -Vertrauensleute
für die Beschäftigten bei
Bosch Feuerbach



dialog

Beschäftigungssicherung

Operation Übernahme

BER-Wahl 2010



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Sie halten die erste **dialog**-Ausgabe im neuen Jahr in Händen. Dies ist die Gelegenheit, Ihnen und uns allen ein Jahr 2010 in Zuversicht zu wünschen.

Dass wir einigen Grund hierzu haben, liegt mit an den Betriebsvereinbarungen, die kurz vor den Weihnachtsschließtagen noch parafiert werden konnten. Jene für den VVGK-Bereich hat Pilotcharakter über unseren Standort hinaus. Sie bildet einen Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Für die meisten von uns ist Kurzarbeit eine noch nie gemachte Erfahrung. Für sie ist der Teil auf den Seiten ab Seite 6 gemacht, der einige Fragen beantwortet. Teile des VVGK-Bereichs sind von der Kurzarbeit ausgeschlossen, überwiegend die Bereiche, die nicht zu DS gehören. Auch für sie wurden Regelungen getroffen, wie sie ihren Beitrag leisten.

Parallel dazu hat im letzten Jahr die Wahlkommission für die kommende Betriebsratswahl ihre Arbeit aufgenommen. Die Kandidatenliste ist veröffentlicht. Nun geht es um die Logistik für die Wahl, die vom 2. bis 4. März statt findet. Unterstützung durch viele Helfer, aber auch die Erfahrung aus den Wahlen der letzten Jahre helfen uns dabei.

Im Zeitalter der elektronischen Datenübermittlung und –speicherung und von bekannt gewordenen Datenmissbrauchsfällen der letzten Zeit lohnt es sich genauer hinzuschauen, wenn mal wieder eine große Datenbank mit personenbezogenen Daten von der öffentlichen Hand eingerichtet wird. ELENA, der elektronische Einkommensnachweis, soll dem Bürger die Beantragung von Leistungen vereinfachen. Aber geht es wirklich nur um Einkommensdaten? Ein Beitrag hierzu auf Seite 11.

In Zeiten von Beschäftigungskrisen hat es die Jugend besonders

schwer, ihren Weg in ein geregelteres Arbeitsleben zu finden. Für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist es wichtig, dass dies weiterhin funktioniert. Deshalb ist es uns nicht egal, wie Bosch mit diesem Thema umgeht. Die Beiträge der JAV haben ihren festen Platz im **dialog**: Seite 4 und 5 sei Ihnen hiermit ans Herz gelegt.

„Betriebsratsverseucht“, zurecht das Unwort des Jahres 2009, steht aus Sicht seiner Kreatoren für Jemanden, der aufgrund seiner guten Erfahrungen in einem Betrieb mit Betriebsrat bei seinem nächsten „ratlosen“ Arbeitgeber ebenfalls die Einrichtung dieses Gremiums fordert. Wir BER-Fe wollen Sie als Mitarbeiter aufklären und informieren.

Udo Lutz

Michael Teuber

dialog-Redaktion

Impressum

Herausgeber:

IG Metall Stuttgart
Theodor-Heuss-Str. 2, 70174 Stuttgart
E-Mail: jordana.vogiatzi@igmetall.de
www.stuttgart.igm.de

Verantwortlich:

Hans Baur, 1. Bevollmächtigter

Redaktion:

Udo Lutz, Michael Teuber, Gertrud Moll,
Roland Saur, Hartwig Geisel,
Frank Köppel, Rolf Vetter, Mustafa Kalay,
Jordana Vogiatzi (IGM)

Druck:

hartmannndruck, Wildberg

Titelbild: Antrag auf Kurzarbeitergeld

Aus dem Inhalt

Beschäftigung gesichert für 2010	Seite 3
Arbeitsplatzabbau im FeP	Seite 4
Operation Übernahme	Seite 5
Mit allen durch die Krise	Seite 6 und 7
BER-Wahl 2010	Seite 8 und 9
Mitarbeiterbefragung in der Krisenzeit	Seite 10
ELENA	Seite 11
Betriebliche Altersversorgung	Seite 11

Beschäftigung gesichert für 2010 und Perspektiven für die Jugend

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am Standort Feuerbach haben wir einen Abschluss zur Beschäftigungssicherung erreicht, der zum 1. Januar 2010 in Kraft getreten ist. Zeitgleich hat der Gesamtbetriebsrat mit der Geschäftsführung verhandelt, um deutschlandweit bis Ende 2012 betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern. Die Betriebsräte der anderen Standorte beraten über die Vereinbarung des Gesamtbetriebsrats jetzt im ersten Quartal. Vom Ausgang dieser Beratungen hängt ab, ob ab April 2010 die Regelung für die Robert Bosch GmbH in Kraft treten kann.

Wir in Feuerbach sind mit unserer hohen Abhängigkeit von der Schlüsselbranche Fahrzeugbau besonders hart von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen. Allein in der Region Stuttgart hängt jeder sechste Arbeitsplatz am Auto. Wir gehen davon aus, dass der Umsatz des Fahrzeugbaus aus dem Jahr 2007 für Europa erst in vier bis fünf Jahren wieder erreicht wird. Das ist eine große Anforderung an uns, den konjunkturellen und strukturellen Einbruch ohne betriebsbedingte Kündigungen zu überstehen.

Sicher gibt es Chancen auch für den Dieselmotorbereich und für Feuerbach in dieser Zeit: Die Einspritzpumpe CP4 kommt am Markt sehr gut an und wird dieses Jahr stärker nachgefragt sein als geplant. Die Fertigungseinrichtungen werden am Standort Feuerbach ausgebaut. Viele Kolleginnen und Kollegen aus den auslaufenden Fertigungsbereichen CP3, VE und UI finden im Bereich CP4 neue Arbeitsplätze. Wenn wir es am Standort Feuerbach schaffen, Beschäftigung zu halten und die Innovationen voranzutreiben, haben wir gute Chancen.

Wir wissen, dass Klimaschutz und Technologiewandel den ökologischen Umbau im Fahrzeugbau prägen werden. Das sind Herausforderungen an die Fahrzeughersteller und an Zulieferer wie Bosch. Es gibt Erkenntnisse, die erzwingt der Markt. Es gibt Entwicklungen, die wir beeinflussen können. Bei Daimler in Sindelfingen konnten Gewerkschaft, Betriebsrat und Belegschaft eine Vereinbarung dem Vorstand abringen, dass für zehn Jahre die Arbeitsplätze gesichert sind. Und wir in Feuerbach haben eine Vereinbarung abgeschlossen, die den Vorrang von Kurzarbeit vor der Ar-

beitszeitabsenkung festschreibt und die Beschäftigung garantiert bis ins Jahr 2011. Wenn die Vereinbarung des Gesamtbetriebsrats im April beschlossen wird, haben wir Beschäftigungssicherung bis in das Jahr 2013.

Für die Übernahme unserer Jungfacharbeiter konnten wir in Feuerbach ein Konzept vereinbaren, dass pro Jahr 30 statt 20 technisch-gewerbliche Auslerner unbefristet übernommen werden und, dass bei befristeter Übernahme die Zeitdauer 18 Monate bis 24 Monate betragen kann. Die Aktionen unserer Jugendlichen waren entscheidend, dass es zu dieser Einigung kam.

Ob uns die Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung gelingen, hängt davon ab, ob die Bundesregierung die Erleichterungen bei der Kurzarbeit, die bis Ende 2010 gelten, in den Folgejahren fortführt. Es darf nicht sein, dass gute Regelungen zur Kurzarbeit auf dem Altar von Steuergeschenken geopfert werden. Die Erhaltung gut bezahlter Arbeitsplätze und der industriellen Landschaft in Deutschland muss Vorrang haben vor der Bedienung von Klientelgruppen.

Betriebsbesetzung bei Bosch Argentinien brachte kleinen Erfolg

Bei dem Bosch-Werk in Argentinien, im Vorort San Martin von Buenos Aires, schlug wenige Tage vor Weihnachten die Hiobsbotschaft ein: Der Unternehmer Pablo Rojo sollte das Werk seinem Konzern eingliedern, aber nur 85 Prozent der 140 Beschäftigten sollten übernommen werden und zwar zu Löhnen, die 30 – 40 Prozent niedriger sein sollten als bisher. Die Belegschaftsvertretung war



Mit diesem Transparent „Für die Verteidigung unserer Arbeit – Metaller von R. Bosch“ demonstrieren die argentinischen Boschler am 29.12.2009 auf der Avenida San Martín.

empört, weil dem regionalen Arbeitsministerium erst am 15.12.

2009 der Erhalt des Betriebs versprochen worden war. Die Beschäftigten demonstrierten und am 21.12. besetzten sie den Betrieb und forderten die Wiedereinstellung und den Erhalt der Arbeitsplätze zu denselben Bedingungen.

Inzwischen gab es eine Einigung: die Besetzung wurde aufgehoben und die Bedingungen beim Betriebsübergang für die Beschäftigten verbessert.



Arbeitsplatzabbau im FeP

Allein letztes Jahr sind 425 Kolleginnen und Kollegen aus dem FeP ausgeschieden. Die meisten haben die Abfindungsangebote angenommen, es gibt aber auch Versetzungen, Übergang in die Altersteilzeit und in die Rente. Damit hatte das FeP Ende 2009 noch knapp 3.400 Beschäftigte. Das Durchschnittsalter der Kolleginnen und Kollegen, die ihren Arbeitsplatz im FeP aufgeben, liegt bei circa 47 Jahren. Auch die Betriebszugehörigkeit mit über 22 Jahren ist relativ hoch.

Für das Jahr 2012 hat die Werkleitung in den Betriebsversammlungen eine Zielzahl von circa 2.700 Beschäftigten genannt. Somit sollen weitere 700 Arbeitsplätze abgebaut werden. Im gesamten Fertigungsverbund ist das FeP mit Rommelsbach das Werk, das die

größten Arbeitsplatzverluste hat.

Die hohe Zahl der ausscheidenden Beschäftigten führt aktuell zu einer Beschäftigungssituation mit wenig Kurzarbeit. Allein aus dem Bereich UI sind 160 Kolleginnen und Kollegen in andere Fertigungsbereiche ausgeliehen. Die Stückzahlen im Bereich der CP4 steigen an und ermöglichen einen Beschäftigungsausgleich. Der Auslauf der VE-Pumpe verzögert sich bis Ende März, der Auslauf der CP3-Pumpe wurde auf März 2010 verschoben. Der nächste Beschäftigungseinbruch kommt im April/Mai 2010 und dann nach der Sommerpause mit dem starken Rückgang der Fertigung der UI-Pumpe. Es ist klar, dass der Hochlauf der CP4 und die Vollaustattung der CP1H nicht den Rückgang in den Bereichen VE, CP3 und UI

auffangen werden.

Wir benötigen die Kurzarbeit, um Beschäftigung bis zum Jahr 2011 und 2012 halten zu können und wir benötigen den Schutz der IG Metall, damit die Firmenseite nicht zu betriebsbedingten Kündigungen übergeht. Auch weitere Angebote an Altersteilzeit, Abfindung, Vorruhestand wird es geben müssen. Die Altersteilzeit ist betrieblich vereinbart, über Abfindung und Vorruhestand muss die Geschäftsführung entscheiden.

Mit dem Preis zum Veränderungsmanagement wurde anerkannt, welche Leistungen alle im FeP vollbringen müssen, um diesen Wandel zu bestehen. Es wird klarer, dass ohne neue Fertigungen und ohne zusätzliche Beschäftigung für das FeP die Probleme fast unlösbar sind.

Die neuen Azubis, DH-Studenten und OAs sind da

Am 14. September 2009 startete für viele junge motivierte Leute ein neuer Lebensabschnitt: ihre Berufsausbildung im Hause Bosch am Standort Feuerbach.

Insgesamt begannen 91 Auszubildende eine technisch gewerbliche Ausbildung und 39 Auszubildende eine kaufmännische Ausbildung. Am 1. Oktober starteten desweiteren 60 Studenten der dualen Hochschule sowie 13 Organisationsassistentinnen ihren beruflichen Werdegang bei Bosch.

In den ersten Wo-

chen führte die JAV-Fe so genannte Berufsstartergespräche bei den frisch gestarteten Azubis, Studenten und Organisationsassistentinnen durch. In diesen wurden die



Unsere Zukunft



Aufgaben der Jugendvertretung und der Gewerkschaft vorgestellt. Wir unterstützen euch in allen Fragen rund um das Thema Ausbildung und sind stetig aktiv, um eure

Ausbildungsbedingungen zu erhalten und zu verbessern. Darüber hinaus verfolgen wir viele andere Ziele, wie etwa die Übernahme nach der Ausbildung. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung Feuerbach (JAV-Fe) heißt alle diesjährigen Berufsstarter herzlich willkommen!

Operation Übernahme

Philipp Krüger | Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung Bosch Feuerbach

Die Verhandlungen zur Übernahme von auslernenden Auszubildenden für das Jahr 2010 waren gestartet. Da diese aber nur schleppend verliefen und die Firmenseite noch kein akzeptables Angebot auf den Tisch gelegt hat, ging die Jugendvertretung von Feuerbach am 17.11.2009 in die Offensive. An diesem Tag mobilisierten wir gleich morgens unsere Auszubildenden und DH-Studenten um gemeinsam mit ihnen zur Jugendversammlung zu marschieren. Wir formierten uns vor dem Tor 13 bei dem Ausbildungsgebäude zu einem Trauerzug, wo voran ein Sarg von den Auszubildenden getragen wurde. Da wir am Abend zuvor über die IG-Metall eine Pressemeldung rausgegeben haben, war morgens sofort die Presse da und dokumentierte unsere Aktion und die vorgebrachten Forderungen. Der Trauer-

zug startete dann zum Hauptwerk, wo die Jugendversammlung um 8.00 Uhr begonnen hat. Vor dem Tor 1 wartete auch schon ein Kamerateam, welches unseren stellvertretenden Vorsitzenden der Jugendvertretung Feuerbach (Christian Thym) interviewte. Auf der Jugendversammlung selbst thematisierten wir die ganze Situation noch einmal und stellten klar unsere Forderungen an die ebenfalls anwesende Personalleitung. Diese Aktion führte zu Empörung bei der Personalleitung. Sie äußerte sich wie beispielsweise „Nur weil jetzt die Presse informiert wurde, wird sich die Situation auch nicht



ändern, und es wäre zu sarkastisch einen Trauerzug zu veranstalten.“ Wir entgegneten daraufhin „besondere Situationen benötigen auch besondere Aktionen, um das Ziel zu erreichen“. Das Ergebnis, das in dieser Dialog-Ausgabe im folgenden Artikel dargestellt ist, zeigt, dass es richtig war, sich mit den Angeboten nicht zufrieden zu geben.

Einigung zur Übernahmeregulung 2010

Armin Kaltenbach | Vorsitzender JAV-Fe

Kurz vor der Winterpause konnte nach langen und sehr schwierigen Verhandlungen eine Einigung zur Übernahmeregulung für die Winter- und Sommerauslerner im Jahr 2010 erzielt werden. Über fast drei Monate zog sich der Verhandlungsmarathon zwischen Jugend- und Auszubildendenvertretung/Betriebsrat und der Firmenseite.



Ohne unseren Einsatz im Kampf um die Übernahme hätte sich nichts bewegt

Leider reichten Gespräche allein nicht aus, um zu einem vernünftigen Ergebnis zu führen. Der JAV-Fe ist klar, dass in Zeiten von Wirtschaftskrise und Umstrukturierung am Standort eine unbefristete Übernahme für alle nicht erreichbar ist. Doch der Jugend und dem

Standort die Zukunft zu verbauen, indem knallhart über 80 Prozent der Auslerner nicht übernommen werden, ist für die JAV-Fe nicht zu akzeptieren.

Die Firmenseite weigerte sich, auf die Vorschläge des BER und

der JAV einzugehen. Stattdessen stellte sie Nachforderungen für eine Regelung, die keinerlei Verbesserung darstellen sollte. Durch öffentliche Aktionen und Flugblattverteilungen konnte zu guter Letzt eine Verbesserung der Übernahmesituation für das Jahr 2010 erzielt werden.

Der BER und die JAV bedanken sich bei allen, die sich an diesen Aktionen beteiligt haben. Den genauen Inhalt der Betriebsvereinbarung erläutern wir in der nächsten Ausgabe. Für das Jahr 2011 wäre es schön, wenn auch gleich, ohne öffentliche Maßnahmen, mit der Firmenseite vernünftig über die Übernahme verhandelt werden könnte.

Arbeitsplätze sichern, Entgeltverlust gering halten – Mit allen durch die Krise!

Thomas Gann, Athanasios Hailas | Betriebsräte

Die Auswirkungen der Finanzkrise sind immer noch spürbar und beeinflussen unseren Arbeitsalltag. Im Jahr 2009 musste jeder von uns spüren, dass es in unserem Wirtschaftssystem nicht nur von Rekordergebnis zu Rekordergebnis geht, sondern der Trend sich schnell umkehren kann. Da war man froh, wenn von einer Bodensatzbildung und Stabilisierung der Umsätze auf niedrigem Niveau die Rede war. In den Werkstätten und Büros im DS-VVGK hatte man inzwischen gelernt sich auf die abgesenkten Arbeitszeiten einzustellen und entwickelte, so gut es ging, weiter an den Zukunftsprodukten. Zum Jahresende stieg die Unruhe merklich an, denn man wollte wissen, wie es im Jahr 2010 weiter geht. Erst Anfang November kam die Firmenseite auf den Betriebsrat zu und stellte ihre Forderungen für ein Arbeitszeitmodell für das Jahr 2010 vor. Es wurde erläutert, dass die Personalkosten nicht mehr zum Umsatz passten und man den Personalüberhang abbauen müsste.

Die Forderungen lauteten:

ab 1. Januar 2010 Einführung einer 30h-Woche bei 14 Prozent Entgeltverlust

ab 1. Juli 2010 Einführung einer 28h-Woche bei 20 Prozent Entgeltverlust

Absenkung auch für Kollegen/innen in Teilzeit

Alternativ offerierte man die Einführung von Kurzarbeit bei DS mit um 50 Prozent reduziertem Urlaubsgeld und um 50 Prozent reduziertem Weihnachtsgeld. Die Begründung der Firma lautete, dass die Beschäftigten die entstehenden Remanenzkosten selbst zu finanzieren hätten, nur dann



Das Verhandlungsteam

würde sich Kurzarbeit für Bosch rechnen.

Für das Verhandlungsteam des Betriebsrates, bestehend aus dem Betriebsratsvorsitzenden Hartwig Geisel, den freigestellten Betriebsräten Andreas Hiebel, Frank Köppel, den nicht freigestellten Betriebsräten Athanasios Hailas, Thomas Gann, sowie dem Vertrauensmann Oliver Wamser begann ein Verhandlungsmarathon. Anfang Dezember kamen die Verhandlungen ins Stocken. Wissend, dass der gesetzliche Anspruch auf 24 Monate Kurzarbeit nur noch bis 31. Dezember 2009 galt und dass es um die Absicherung von ca. 650 Arbeitsplätzen geht, wollte das Verhandlungsteam nicht einfach blind einem neuen Vorschlag der Firmenseite zustimmen. Daher galt es mit eigenen Berechnungen die Forderungen der Firmenseite bezüglich der anfallenden Remanenzkosten zu überprüfen und Transparenz zu schaffen, die Grundvoraussetzung

für eine Beurteilung und Entscheidung war. Zum anderen galt es zu prüfen, welche Auswirkungen ein eventueller Abschluss auf das individuelle Nettoentgelt hat. Was bei der Kurzarbeitthematik nicht ganz einfach ist, spielen hier die Lohnsteuerklasse und Kinderfreibeträge sowie die Einkommensteuergesetzgebung (Progressionsvorbehalt) eine entscheidende Rolle. Des Weiteren galt es, sich bei der Bundesagentur für Arbeit über das Thema Kurzarbeit zu informieren.

Zur gleichen Zeit wurde auf Konzernebene über eine konzernweite Regelung der Kurzarbeit verhandelt. So galt es in Feuerbach darauf zu achten, die Verhandlungen auf Konzernebene nicht durch eine vorschnelle Entscheidung negativ zu beeinflussen bzw. falls sich eine konzernweite Lösung ergeben sollte, diese zu nutzen. Die Firma reagierte mit weiteren

Fortsetzung auf Seite 7

Forderungen, wie z.B. die Verwaltungskosten für die Kurzarbeit auf die Mitarbeiter umzulegen, in Summe 500 000,- Euro – weitere Kosten, die durch die Mitarbeiter zu kompensieren wären.

Nach zähem Ringen und Festhalten des Betriebsrates an den Grundforderungen, die wie folgt lauteten:

keine betriebsbedingten Kündigungen

Entgeltverluste so gering wie möglich halten

Übernahme der Auszubildenden

konnte das Ergebnis erreicht werden. Trotz reduzierter Arbeitszeit bei KuA auf 30h/Woche, ist das Nettoentgelt in etwa auf gleicher Höhe wie bei einer 32,5h/Woche mit TV-Besch. Die Belegschaft am Standort kompensiert nur einen Teil der tatsächlich anfallenden Remanenzkosten. Dies wird nach heutigem Stand einer Anrechnung beim Urlaubs- und beim Weihnachtsgeld von max. je 10 Prozent entsprechen. Bis 31. Dezember 2010 besteht ein Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen. Die demnächst vorliegende Gesamtbetriebsvereinbarung, die Kurzarbeit innerhalb der Robert Bosch GmbH regelt, ermöglicht es, eine weitere Verlängerung des Kündigungsschutzes bis ins Jahr 2013 zu realisieren. Durch die Anwendung der Kurzarbeit in einzelnen Abteilungen im Dezember konnte der Rechtsanspruch auf 24 Monate Kurzarbeit gesichert werden. Zu guter Letzt bleibt zu erwähnen, dass für die Zukunft der Jugend eine Verbesserung erreicht werden konnte. So werden am Standort Feuerbach nun 50 Prozent mehr Azubis nach ihrer Ausbildung übernommen. Dieser Punkt freut uns besonders, da unsere Jugend angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit besonders hart von der Wirtschaftskrise betroffen ist. Erreicht haben wir dies durch die Unterstützung des Verhandlungsteams und durch die

Jugendauszubildendenvertretung, vertreten durch Armin Kaltenbach und die Betriebsräte Rolf Vetter und Mustafa Kalay, die den Bereich Ausbildung betreuen.

In den Verhandlungen Ende letzten Jahres wurde DGS-EC – die Steuergeräte-Entwicklung im DS-VVGK – gesondert behandelt. Die Situation war anders als in den DS-Abteilungen und als im vergangenen Jahr noch erwartet, denn der Umsatzeinbruch war nicht so stark wie man zunächst befürchtet hatte. Unter anderem forderte die Firma:

- **Teilnahme an der Kompensation** mit entsprechender Anrechnung der Remanenzkosten (je 50 Prozent ZUV, WG) – analog DS-Abteilungen
- **Wegfall der Mehrarbeitszuschläge**
- Beibehaltung des Abteilungszielkorridors von 0 bis - 50h
- **Keine Kurzarbeit für DGS-EC**, Arbeitszeitabsenkung nach TV-Besch bleibt grundsätzlich erhalten, jedoch nun für alle proportional (~ 7,1 Prozent)

Die Forderungen des BER – wie oben beschrieben – galten auch hier. Darüber hinaus war es wichtig, den Druck durch die „Nullstundenvorgaben“ für die Zeitkonten herauszunehmen.

Für DGS-EC wurde folgendes vereinbart:

- **Keine Kurzarbeit für DGS-EC**, Arbeitszeitabsenkung nach TV-Besch bleibt grundsätzlich erhalten, jedoch nun für alle proportional (~ 7,1 Prozent)
- Kollegen, die den Ergänzungs-Tarifvertrag (ETV) hatten, bleiben bei IRWAZ 35h. Dies gilt auch für die Kollegen, die zum 1. Januar 2010 zu CDG-SMT („shared factory“) gewechselt sind
- Absenkung nun auch für Teil-

zeitbeschäftigte mit IRWAZ > 20h

- **Entlastung durch Lockerung der „Nullstundenvorgaben“**: Die Summe aller Zeitkontenstände DGS-EC darf zum 31. Dezember 2010 den Stand vom 31. Dezember 2009 nicht überschreiten.
- **Hohe Entlastung der Abteilungen durch Wegfall des Abteilungs-Korridors** 0...-50h
- Individueller Korridor +20 bis -50h bleibt erhalten
- Zielsetzung, Möglichkeiten zum **Beschäftigungsausgleich** DGS-EC <=> CDG sowie DGS-EC <=> DS-VVGK, GS-VVGK zu nutzen

Die Kompensation der Remanenzkosten wird auch von DGS-EC solidarisch mitgetragen.

An dieser Stelle möchten wir uns für die Rückmeldungen und Kritik während und nach Abschluss der BV sehr herzlich bedanken. Viele der bereits gestellten Fragen wurden in die FAQ-Liste aufgenommen und wir bitten darum diese zu berücksichtigen.

Stand AEP 2009

Die Geschäftsführung hat den GBR vor Weihnachten darüber informiert, dass sie wegen der Verlust-Situation im Geschäftsjahr 2009 keine AEP-Auszahlung beschließen werde. Der GBR hat seine Zustimmung unter den Vorbehalt gestellt, dass sich aus dem Weltfaktor der EaV für die SL-MA keine ertragsabhängige Ausschüttung ergibt. Sollte sich eine solche Ausschüttung ergeben, wird der GBR für die Tarifmitarbeiter eine AEP geltend machen. Die Geschäftsführung hat dem GBR zugesagt, in einem solchen Fall mit dem GBR die Beratungen über eine AEP 2009 erneut aufzunehmen.



BER-Wahl 2010

Srecko Gligorevic | Vorsitzender des Wahlvorstandes

Nach der Einleitung der Wahl durch das Wahlausschreiben, das am 23. November 2009 erlassen wurde, ist beim Wahlvorstand nur eine Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl eingereicht worden.

Die Liste mit dem Kennwort „Offene IG Metall Liste“ wurde durch den Wahlvorstand geprüft als gültige Vorschlagsliste bekanntgegeben.

Da nur eine gültige Liste beim Wahlvorstand eingereicht wurde, erfolgt die Wahl nach den Grundsätzen



Srecko Gligorevic,
Vorsitzender des
Wahlvorstandes

der Mehrheitswahl (Personenwahl). Die wahlberechtigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben die Möglichkeit ihre 37 Kandidatinnen und Kandidaten direkt zu wählen.

Die Wahltermine sind:

Am Dienstag, 2. März 2010 von 9.00 bis 13.00 Uhr im Bereich FeP für die Mitarbeiter im 18-Schichtmodell in Frühschicht.

Am Dienstag, 2. März 2010 von 22.00 bis Mittwoch, 3. März 2010, 00.30 Uhr für die Mitarbeiter in der Nachtschicht im Bereich FeP und Rutesheim.

Am Mittwoch, 3. März 2010 von 9.00 bis 13.30 Uhr für Mitarbeiter in den Außengebäuden und von 9.00 bis 16.00 Uhr in Rutesheim.

Am Donnerstag, 4. März 2010 von 8.00 bis 16.00 Uhr für die Mitarbeiter im Hauptwerk (unter anderem Früh- und Spätschicht).

Wahllokale und die räumliche Zuordnung der Wahllokale werden in der nächsten dialog-Ausgabe, sowie an den Infotafeln und im Intranet bekannt gegeben.

Mit der elektronischen Wahlberechtigungsabfrage ist die Möglichkeit gegeben, dass jeder, der wahlberechtigt ist in einem der 17 Wahllokale wählen kann.

Für Mitarbeiter die an den Wahltagen verhindert sind, bietet der Wahlvorstand ab Mitte Februar die Briefwahl an.

Die Briefwahlunterlagen müssen rechtzeitig beim Wahlvorstand angefordert und spätestens am Donnerstag, 4. März 2010 bis 16.00 Uhr eingegangen sein.

Der Wahlvorstand wünscht allen 117 Kandidatinnen und Kandidaten viel Erfolg bei der Wahl.

**✗ Gestalten Sie mit -
nutzen Sie Ihr Wahlrecht! ✗**

Kandidatenliste „Offene Liste der IG Metall“

Lfd. Nr.	Familienname	Vorname	Abteilung
1	Geisel	Hartwig	BER-Fe
2	Saur	Roland	BER-Fe
3	Köppel	Frank	BER-Fe
4	Gligorevic	Srecko	FeP/W 011 210
5	Moll	Gertrud	BER-Fe
6	Hiebel	Andreas	BER-Fe
7	Wamser	Oliver	DS/EVL 1
8	Weißberg	Uwe	BER-Fe
9	Lutz	Udo	BER-Fe
10	Mutschelknaus	Marion	BER-Fe
11	Bader	Johann	BER-Fe
12	Eisenhardt	Dieter	BER-Fe

Lfd. Nr.	Familienname	Vorname	Abteilung
13	Hoffmann	Manfred	BER-Fe
14	Seiler	Herbert	SBV-Fe
15	Kathmann	Lucia	DS-PC/EHP 3
16	Sezgün	Halit	BER-Fe
17	Vetter	Rolf	BER-Fe
18	Ulutas	Mesut	BER-Fe
19	Kalay	Mustafa	FeP/MSK 3
20	Voss	Nicole	DS-PC/ECW-W3
21	Bischoff	Walter	CI/AKS
22	Scheuer	Armin	FeP/W 011 840
23	Kavak	Kasim	FeP/W 011 190
24	vom Bruch	Karsten	DS/EAS 1

Lfd. Nr.	Familienname	Vorname	Abteilung
25	Ripke	Christine	LAB-Fe
26	Gann	Thomas	DS-PC/EIS 1
27	Maier	Ralf	DS-PC/EIS 1
28	Killinger	Wolfgang	CI/AWP 1
29	Schulze	Bernd	PA-ATMO1/MAT 4
30	Jäckel	Kerstin	DS/EPD 1
31	Hailas	Athanasios	DGS-EC/ECD 3
32	Nowitzki	Herbert	W 407355-Fe
33	Teuber	Michael	DS-PC/EIC 1
34	Renz	Hans-Jörg	GS-SI/ENX 7
35	Mollo	Natalie	LAB-Fe
36	Magerkurth	Wilfried	DS/SAC 1
37	Lehmann	Peter	FeP/W 011 820
38	Flammer	Uwe	PA-ATMO1/EES 2
39	Kölpin	Andreas	CI/AWA 21
40	Fidan	Seviye	FeP/W 011 710
41	Krüger	Philipp	FeP/W 011 640
42	Deeg	Werner	FeP/MSW 1
43	Bauerle	Reiner	DS/CSP 3
44	Klemencic	Anton	FeP/PUR-TME2
45	Liebenow	Katja	PA-ATMO1/SGS 12
46	Herbst	Udo	DS-PC/ECW
47	Fritz	Helmut	FeP/W 011 740
48	Haack	Thomas	PA-ATMO1/MOE 11
49	Süß	Reiner	CI/OSS
50	Essig	Annekathrin	DGS-EC/ESB
51	Tan	Cem	PA-ATMO1/SGS 12
52	Schraysshuen	Edgar	GS-AM/ENG 1
53	Türkmen	Bayar	FeP/W 011 927
54	Dipa	Damir	FeP/W 011 290
55	Erdogan	Ayten	FeP/W 011 500
56	Petruzzelli	Axel	DS/ETC 2
57	Reichenecker	Martin	DS-ET/ETV 1
58	Fischer	Winfried	PA-ATMO1/EES 34
59	Sauerwein	Werner	CI/FSG 21-Fe
60	Schraffl	Beate	DGS-EC/EHS 2
61	Gaziano	Salvatore	FeP/W 011 660
62	Grubisic	Dejan	FeP/MSU-Q3
63	Voget	Rainer	FCM 24-Fe
64	Pfeiffer	Reiner	DS/ETC 4
65	Reich	Beate	FeP/W 020 370
66	Kaltenbach	Armin	FeP/W 011 210
67	Speiser	Peter	PA-ATMO1/MOE 23-2
68	Bähr	Klaus	CI/AWM 1
69	Karakus	Sakin	FeP/W 011 290
70	Müller	Gertrud	SAN-Fe
71	Soenke	Helmut	FeP/W 011 860

Lfd. Nr.	Familienname	Vorname	Abteilung
72	Barbieri	Roger	FCM/W 407613
73	Kohlhaw	Torsten	FCM/W 407625
74	Thym	Christian	FeP/W 011 640
75	Karagedik	Aylin	BER-Fe
76	Rudy	Ralf	PA-ATMO1/MAT-Q
77	Stephan	Raimund	CI/AFD
78	Basköy	Ibrahim	FeP/W 020 450
79	Frischauf	Bernd	FeP/W 020 450
80	Schmidt-Harms	Uwe	DS-ET/ECC 2
81	Janik	Stefan	DS/SCC 2
82	Trommler	Joachim	PA-ATMO1/SGS 12
83	Gültekin	Serdar	FeP/W 011 160
84	Richardon-Wohlschlegel	Bernd	FeP/W 011 230
85	Gusinac	Samin	FeP/W 011 210
86	Hünerfeld	Klaus	G2/PJ-PMT
87	Weil	Claus	PA-ATMO1/EES 21
88	Yayla	Hakki	FeP/W 011 760
89	Iordanidis	Panagiotis	FeP/W 011 710
90	Magdic	Marijo	PA-ATMO1/SGS 11
91	Kaya	Yalcin	FeP/W 020 730
92	Kraljevic	Goran	FeP/W 011 100
93	Kopacz	Uwe	PA-ATMO1/SGP
94	Simsek	Oguz	FeP/W 011 190
95	Özcan	Abidin	FeP/W 011 100
96	Öztürk	Mehmet	FeP/W 011 450
97	Bubalo	Ivan	FeP/MSU-Q2
98	Cengiz	Mustafa	FeP/W 011 500
99	Behrendt	Clemens	FeP/TEF 32
100	Basic	Frano	FeP/W 011 210
101	Sorice	Vito	FeP/W 011 620
102	Hotaman	Olgun	FeP/W 011 220
103	Devletli	Mardik Murat	FeP/W 011 560
104	Zimmermann	Jörg	FeP/W 011 860
105	Laurenzi	Klaus	GS-SI/ENX 1
106	Ayan	Ayseref	FeP/W 011 420
107	Beltramo	Antonello	FeP/W 011 210
108	Sari	Celal	FeP/W 011 500
109	Ova	Aydin	FeP/W 011 160
110	Gitti	Memet	FeP/W 011 710
111	Vasic	Branislav	FeP/W 020 470
112	Aberle	Johannes	WVP-Fe
113	Beuche	Volker	DS/ECP
114	Erol	Zafer	FeP/W 011 420
115	Yeter	Abdurrahman	USS-Fe
116	Ekinci	Cemal	FeP/W 011 420
117	Yesil	Bekir	FeP/W 020 470

Beschäftigungs- sicherung in den Nicht-DS-Bereichen

Kurz vor der Weihnachtszeit wurde eine Betriebsvereinbarung für die Bereiche außerhalb von DS, namentlich C, CI, GS, AA und die Bereiche des Verkaufshauses in Waiblingen unter Dach und Fach gebracht. Der Betriebsrat erreichte, dass die Wochenarbeitszeit dort nicht weiter abgesenkt wird, mit Ausnahme der 40-Stunden-Beschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten mit einer Arbeitszeit zwischen 20 und 35 Stunden. Die Zeiten wurden von 40 auf 37,25 Stunden bzw. bei den Teilzeitbeschäftigten, im gleichen Verhältnis wie bei den Vollzeitbeschäftigten gesenkt.

Im Jahr 2010 soll wie 2009 der Jahresurlaub restlos bis zu 31. Dezember genommen werden. Die Zeitguthaben müssen durchschnittlich um drei Stunden pro Kopf und Monat gesenkt werden, bis zur Grenze von -50 Stunden (mit einer Sonderregelung für CI).

Auf einer Sonder-Betriebsversammlung am 17. Dezember wurden die Ergebnisse bekanntgegeben und viele Fragen beantwortet. Bis dahin hatten viele Beschäftigte ihren Urlaub angetreten. Deshalb blieben einige Punkte im Unklaren. Es ist zu empfehlen eventuelle Fragen mit den Vertrauensleuten zu besprechen. Aber auch bei den Betriebsversammlungen Ende Februar können Themen in diesem Zusammenhang angesprochen werden.

Klar ist, dass es nicht noch einmal geschehen darf, dass der geplante Abbau der Zeitkonten nur teilweise eingehalten wird und im letzten Moment noch ein Schließtag vereinbart werden muss, wie bei CI am 18. Dezember. Bei frühzeitiger Planung über das ganze Jahr ist das vermeidbar.

Mitarbeiterbefragung in der Krisenzeit

Die MA-Befragung AS09 ist abgeschlossen. Wir warten gespannt auf die Veröffentlichung der Ergebnisse Anfang März. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich gefragt, ob es jetzt die Zeit ist, Geld für eine Befragung auszugeben. Wenn aber die Befragung ausgesetzt würde, könnte man Bosch vorwerfen, nur geschönte Ergebnisse zu wollen.

Kritik gab es etwa von Vertrauensleuten darüber, dass die frei formulierten Bemerkungen nicht mehr möglich sind. Das wird zum Teil mit Kosten begründet, zum Teil heißt es, die Bemerkungen seien schwer auszuwerten und vom Datenschutz her problematisch, weil bei den Bemerkungen des Öfteren Mitarbeiter ihre Identität erkennen ließen. Deshalb wurden die Bemerkungen bisher immer gemeinsam von Betriebsrat und auswertender Stelle geprüft und Aussagen, durch die man sich verrät, entfernt. Einige Vertrauensleute vermuten aber, das Problem sei eher gewesen, dass diese Bemerkungen zu kritisch gewesen seien.

Eine Reihe von Führungskräften aus verschiedensten Bereichen von Feuerbach äußerten Besorgnis, weil die Organisationseinheit und die Kennzeichnung Führungskraft auf ihren Bögen aufgedruckt waren. Sie befürchten, dass ihre

individuellen Bewertungen in die Hände ihrer Vorgesetzten fallen könnten. Nach Einschätzung auf Betriebsratsseite ist dieses Vorgehen akzeptabel, da man der auswertenden Firma LOGIT vertrauen kann, dass sie die Bögen, wie vereinbart, niemandem von Bosch zukommen lässt und nur Auswertungen mit mindestens zehn Bögen weitergibt: Wenn eine Abteilung vier Führungskräfte hat, kann der Abteilungsleiter die Antworten der vier nicht bekommen, sondern nur die nächsthöhere Führungskraft, wenn auf ihrer Ebene mindestens zehn Führungskräfte geantwortet haben.

Wenn sich LOGIT einen Verstoß zuschulden kommen ließe, hätte das für die folgenden Befragungen und auf dem Markt für die Firma negative Auswirkungen, deshalb kann man hier Vertrauen haben. Es gibt allerdings zu denken, dass unter Führungskräften wenig Vertrauen in die höheren Führungsebenen vorhanden ist, dass sie Vereinbarungen einhalten.

In der Diskussion ist, für die nächste Mitarbeiterbefragung auf die Bögen für die Führungskräfte nicht mehr die Organisationseinheit, sondern die nächsthöhere Ebene aufzudrucken. Das wäre sicher beruhigend für die Betroffenen.



Gertrud Moll, Udo Lutz und Hans-Jörg Renz diskutieren die Umsetzung der BV

ELENA – ein Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz muss her!

Gertrud Moll | BER-Fe

Seit kurzem gibt es Proteste von Gewerkschaften und Datenschützern gegen die neue Vorschrift ELENA (Elektronischer Entgeltnachweis), die im März 2009 erlassen wurde. ELENA soll die bisherige DÜVO-Vorschrift ersetzen, da schon seit Langem Daten von Arbeitgebern an die Sozialversicherungen und Behörden übermittelt wurden. Es ist sinnvoll, auf papierlose Verarbeitung umzustellen. Das soll den Arbeitgebern 85 Millionen Euro jährlich sparen.

In dem neuen Verfahren sollen aber auch Daten übergeben werden, die die Empfänger nichts angehen, und etwa bei Bosch überhaupt nicht in elektronischer Form vorliegen. Dazu gehören Streiktage differenziert nach „le-

gal“ und „illegal“, Abmahnungen und Kündigungsgründe. Viele weitere Fehlzeiten mit Gründen werden ebenfalls übergeben, was im Fall von Krankengeld unvermeidlich und auch bei DÜVO so war. Die Daten können von den empfangenden Stellen nur genutzt werden, wenn der betroffene

Arbeitnehmer die Datennutzung freigegeben hat. Diese Einschränkung hilft nichts, wenn der Arbeitnehmer z.B. sein Arbeitslosengeld oder notwendige Bescheinigungen für die Rente oder Wohngeld nur



Mit so einer Signaturkarte müssen Beschäftigte der Arbeitsagentur oder Rentenversicherung Zugriff auf ihre Daten geben, wenn sie Leistungen empfangen wollen.

auf diese Weise bekommen kann. Dabei kann er die freigegebenen Datenmengen nicht einschränken, das Prinzip ist „alles oder nichts“.

IG Metall und DGB ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn sie einen besseren Datenschutz, konkretisiert in einem Arbeitneh-

mer-Datenschutzgesetz verlangen. Wenn die angekündigten Verbesserungen aus dem Arbeitsministerium nicht ausreichen, zieht die IG Metall Musterklagen in Betracht.

Sozialversicherungsbeiträge bei der betrieblichen Altersversorgung

Udo Lutz | Betriebsrat, Sprecher der AG8 ATZ, bAV; BKK

Ab 1. Juli 2004 wurden aufgrund einer gesetzlichen Änderung die Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung mit dem vollen, statt halben Beitragssatz der Krankenversicherung verbeitragt. Wir berichteten im Dialog und auf Infoveranstaltungen zur betrieblichen Altersversorgung darüber. Gegen diese Änderung legten viele Versicherte Widerspruch ein. Ferner hatten wir im Verwaltungsrat der BKK beschlossen, auf einen Einspruch zu verzichten und alle BKK-Versicherte falls diese Regelung vor Gericht gekippt wird, so zu stellen als hätten sie Einspruch eingelegt. Der DGB führte verschiedene Musterklagen mit unterschiedlichen Konstellationen. Nachdem das Bundessozialgericht 2006 die Klagen abschlägig entschieden hat, wurde Verfassungsbeschwerde eingelegt. Nun gibt es eine Entscheidung des

Bundesverfassungsgerichts. Auch das höchste Gericht wies die Klage ab. In seiner Begründung führe das Gericht unter anderem aus, dass die bisherige Regelung des hälftigen Beitragssatzes auf Versorgungsbezüge, aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht geboten war. Es war eine reine Sonderregelung. Somit besteht kein Verfassungsverstoß, wenn der Gesetzgeber auf Vollbeitrag erhöht. Des Weiteren geht das Gericht auf den geringer werdenden Deckungsbeitrag der Rentner in der Krankenversicherung ein. Dieser sank von 70 Prozent im Jahr 1973 auf 43 Prozent 2003. Dies war eine weitere Begründung des Gerichts zur Rechtfertigung des Vollbeitrags.

Bei den Klagen zur Beitragspflicht bei Leistungen der Firmendirektversicherung und bei Kapitalzahlungen aus der betrieblichen Altersversor-

gung gab es ein abschlägiges Urteil. Die Begründung lautete, dass die Heranziehung von Versorgungsbezügen zu Beiträgen von Verfassungswegen nicht zu beanstanden sei, weil sie ihren Ursprung in einer Beschäftigung und damit Entgeltersatzcharakter hätten und unter Einsatz der Arbeitskraft erworben würden. Dasselbe gelte für Kapitalzahlungen aus der betrieblichen Altersversorgung. Nicht beanstandet wurde, dass Bezüge ganz oder zum Teil auf Eigenleistungen des Arbeitnehmer beruhen.

Die Entscheidungen sind ärgerlich, weil sie eine große Kostenbelastung bei den Betroffenen ausgelöst haben, mit der nicht gerechnet wurde. Trotz der Sozialversicherungsbeiträge ist die betriebliche Altersversorgung eine wichtige und gute Säule der Alterssicherung.



Betriebsversammlung im Februar und März 2010

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz hat jeder Arbeitnehmer ein Recht auf Teilnahme an der Betriebsversammlung. Bei den Betriebsversammlungen am Vormittag werden die Pausen vor die Versammlung gelegt.

Schwerpunkte der Versammlungen sind: Aktuelle wirtschaftliche und soziale Lage, Beschäftigungssituation, Bereichsthemen, Betriebsratswahl, ...

Montag, 22. Februar 2010, 9.00 Uhr, CI, C/HD, C/AOP1, Fe 070/0 Auditorium

Dienstag, 23. Februar 2010, 9.00 Uhr, GS, AA, Fe 203/0 Speisesaal

Dienstag, 23. Februar 2010, 14.00 Uhr, FeP-Ru, Speisesaal Rutesheim

Mittwoch, 24. Februar 2010, 8.00 Uhr, FeP, Fe 412/1 Speisesaal

Mittwoch, 24. Februar 2010, 14.15 Uhr, 22.00 Uhr, Ausbildung und alle Anwesenden der zweiten bzw. dritten Schicht in Fe, Fe 412/1 Speisesaal

Donnerstag, 25. Februar 2010, 8.30 Uhr, DS-PC, DS-CV, DS/NE, DS/ENF, FCM, CP/CAR-Fe, Fe 412/1 Speisesaal

Donnerstag, 25. Februar, 14.00 Uhr, weitere DS-Bereiche, DGS, HSE-Fe, C-Abteilungen, Verkauf SW/Wa, Fe 412/1 Speisesaal

Montag, 1. März 2010, 8.30 Uhr, PA-ATMO1, Fe 412/1 Speisesaal



Beitrittserklärung

Gemeinsam stark.



Name Vorname Geburtsdatum Geschlecht M/W

Land PLZ Wohnort Telefon

Straße Hausnummer E-Mail

beschäftigt bei Tätigkeit/Beruf/Ausbildung/Studium Vollzeit Teilzeit

Bruttoeinkommen in Euro Bankleitzahl Bank/Zweigstelle Konto-Nummer

Beitrag Kontoinhaber/in/Fremdzahler/in Eintritt ab

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

Einzugsermächtigung:
Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen.
Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Ort / Datum / Unterschrift